

Herrn  
amtsführenden Stadtrat  
der Geschäftsgruppe  
Soziales, Gesundheit und Sport  
Peter Hacker

### Beschluss-(Resolutions-)Antrag

der Gemeinderäte Maximilian Krauss, MA (FPÖ) und Armin Blind (FPÖ) an Herrn  
amtsführenden Stadtrat der Geschäftsgruppe Soziales, Gesundheit und Sport Peter  
Hacker für den Gemeinderat am 20.01.2026.

### **Einschränkung von Sozialleistungen an Asylwerber, Asylberechtigte, Vertriebene und andere aus rechtlichen oder faktischen Gründen nicht abschiebbare Men- schen**

Im September und Oktober 2025 wurde innerhalb der Bevölkerung Österreichs  
eine repräsentative Befragung im Auftrag des Bundesministeriums für Inneres  
durchgeführt. Insgesamt wurden 1.245 Personen aus der in Österreich wohnhaften  
Bevölkerung (ab 16 Jahren) insbesondere über den Themenkomplex Migration und  
Asyl befragt.

Daraus geht hervor, dass der gesellschaftliche Zusammenhalt in Österreich aktuell  
von einer relativen Mehrheit in der Bevölkerung negativ bewertet wird. 46% der  
Bevölkerung würden diesen als eher schlecht, weitere 12% als sehr schlecht  
bezeichnen. In der Gesamtbevölkerung dominiert aktuell die Ansicht, dass durch  
Migration nach Österreich mehr Probleme entstehen, als Chancen. Konkret werden  
bei den Auswirkungen von Migration auf die erhobenen Lebensbereiche  
Sozialsystem, Demokratie, gesellschaftlicher Zusammenhalt, öffentliche Sicherheit

sowie für das Bildungswesen und den Wohnungsmarkt von einer Mehrheit überwiegend negative Auswirkungen gesehen.

Auch im Bereich Flüchtlinge und Asylsuchende in Österreich meinen 6 von 10 Befragten, dass die Anzahl der Asylsuchenden (eher) nicht bewältigbar ist. Die absolute Mehrheit der Bevölkerung stimmt den Plänen, keinen Asylantrag von Personen, die sich der Schlepperkriminalität bedient haben, anzunehmen voll zu. Ebenso stimmen mehr als die Hälfte der verstärkten Rückführung von illegal nach Österreich eingereisten Personen oder bei Nichterhalt von Asyl voll zu.

Trotz dieser klaren Faktenlage und der deutlich geäußerten Sorgen der Bevölkerung wurden bislang keine wirksamen Maßnahmen gesetzt, um den migrationsbedingten Druck auf die verschiedenen Lebensbereiche nachhaltig zu reduzieren. Es ist daher erforderlich, dass die Stadt Wien die Anreizpolitik der Zuwanderung illegal Eingereister nach Wien beendet.

Die gefertigten Gemeinderäte stellen daher gemäß § 27 Abs. 4 der Geschäftsordnung für den Gemeinderat der Stadt Wien nachfolgenden

### Beschlussantrag

Der Wiener Gemeinderat fordert die Bundesregierung, insbesondere die Bundesminister für Inneres und Arbeit, Soziales, Gesundheit, Pflege und Konsumentenschutz und den zuständigen Landesrat der Geschäftsgruppe „Soziales, Gesundheit und Sport“ auf,

den Zugang für Asylwerber, Asylberechtigte, Vertriebene und andere aus rechtlichen oder faktischen Gründen nicht abschiebbare Personen zu Sozialleistungen stark einzuschränken.

In formeller Hinsicht beantragen wir die sofortige Abstimmung.

